

Betroffeneninitiative Missbrauch in Ahrensburg

www.missbrauch-in-ahrensburg.de, www.der-ahrensburger-fall.de

Anselm Kohn (V.i.S.d.P.)
Postfach 76 06 40
22056 Hamburg
Tel. 0172 - 999 65 35
a.kohn@missbrauch-in-ahrensburg.de



Stephan Kohn(V.i.S.d.P.)
Wiesbadener Straße 38
12309 Berlin
Tel. 0176 - 55 222 002
stephan.kohn@web.de

Hamburg/Berlin, den 24. September 2019
– update/Überarbeitung vom 25.9.19 –

Presseerklärung

Umgang der Nordkirche mit der Initiative Missbrauch in Ahrensburg

Betroffene fordern Entschädigung für Missbrauchsoffer und eine „Gauckbehörde-für-Missbrauch“

Heute findet das Fachforum Missbrauch der evangelischen Nordkirche in der Apostelkirche in Hamburg statt. Im Vorfeld wurde Kritik daran geübt, dass die Betroffenen von der Kirche nicht einbezogen wurden. In der Tat: Nicht mal einen ganzen Tag vor Veranstaltungsbeginn wurde ein Sprecher von MiA per eMail nachträglich zur Teilnahme an der Veranstaltung eingeladen, eine aktive Rolle wurde ihm nicht angeboten. Dazu erklärt die Initiative Missbrauch in Ahrensburg:

„Das aktuelle Agieren der Nordkirche entspricht dem, was wir seit 2010 gut kennen (leider):

Budenzauber auf der einen Seite:

- Die Kirche stellt ihre Betroffenheit mit hochemotionalem Habitus / Verhalten ihrer Repräsentanten öffentlichkeitswirksam dar, allen voran die Hamburger Bischöfin und EKD-Beauftragte, Kerstin Fehrs.
- Bischöfin Fehrs gesteht jederzeit pauschal Schuld und Mitverantwortung der Institution für das Ermöglichen der Taten ein und proklamiert einen dringlichen Bedarf der Kirche nach Vergebung durch die Opfer.

Andererseits: Die Realität zeigt, dass die Kirche hauptsächlich ihre Image-Interessen verfolgt:

- Dem Lippenbekenntnis folgen kaum Taten.
- Wir Betroffene werden untereinander und gegeneinander ausgespielt.
- Wir werden in Einzelgesprächen systematisch ausgehorcht und anschließend mundtot gemacht.
- Einzelne von uns werden von der Kirche für die eigene Imagepflege benutzt und wenn wir nicht mehr nützlich sind abserviert und kaltgestellt.

Eine Gesellschaft, die ernsthaft den Missbrauch verurteilt, darf das nicht durchgehen lassen.

Forderung nach angemessener Entschädigung für Missbrauchsoffer

Aktuell ist der Vorschlag einer pauschalen Entschädigungssumme von 300.000 Euro für jeden Betroffenen sexuellen Missbrauchs im kirchlichen Bereich im Gespräch. Die Deutsche Bischofskonferenz diskutiert dieser Tage den Vorschlag.

Der von der Betroffenenengruppe Eckiger Tisch eingebrachte Vorschlag wird von der Initiative Missbrauch in Ahrensburg unterstützt – mit einer Einschränkung: Diese Summe darf nicht als Deckel betrachtet werden, sondern muss im besonderen Einzelfall nach oben offen bleiben (Experten der Bischofskonferenz empfehlen einen Höchstbetrag von bis zu 400.000 Euro).

Bisher ist die Lage in Deutschland - auch im internationalen Vergleich - ein Fiasko. Erst vor kurzem wurden Zahlen bekannt gemacht, die in anderen Ländern für Entschädigungen aufgewendet oder bereitgestellt werden. Die USA, mit ihrem tendenziell opferfreundlichen Haftungs- und Entschädigungsrecht, ist keineswegs die Ausnahme, wie die veröffentlichten Summen zeigen: Irland 2,1 Mrd., USA über 2 Mrd., Kanada: 1,45 Mrd., Australien 2,5 Mrd. (*Quelle: Katholische Nachrichtenagentur (KNA) am 23.9.2019*)

Die evangelische Kirche weicht dem Thema Entschädigungsleistungen regelmäßig aus und versucht mit sonderbar deklarierten Leistungen für einzelne Betroffene (und vor allem für Betroffenenvertreter), für sich Druck aus dem Kessel zu nehmen. **Die evangelische Kirche muss endlich eine Diskussion über echte Entschädigungen führen und Betroffenenvertreter im Entscheidungsprozess einbinden.**

Ausgerechnet die evangelische Kirche, die stets die kollektive Verantwortung für das von Deutschland ausgegangene Unrecht angemahnt hat und (mit anderen zusammen) umfassende Entschädigungsleistungen für Opfer des Dritten Reichs erkämpfte, verhält sich in eigener Sache völlig anders und verweigert den heutigen Opfern schwerer Menschenrechtsverletzungen (durch Täter aus ihren eigenen kirchlichen Reihen) die angemessene Unterstützung.

Forderung nach „Gauck für Missbrauch“

Viele Missbrauchstaten können nicht aufgeklärt werden, weil Dokumente und Unterlagen aus kirchlichen Einrichtungen und Archiven nicht verfügbar sind. Dadurch wird vielen Betroffenen die Möglichkeit genommen, ihr Schicksal zunächst aufzuklären, aber auch die gesellschaftliche Aufarbeitung von Missbrauch wird dadurch behindert.

Abhilfe könnte eine Art Gauckbehörde für Missbrauch schaffen, die Informationen und Daten zusammenträgt und verfügbar hält.

Wir werden in Kürze ein Thesenpapier „Gauck-Behörde für Missbrauch“ veröffentlichen.

Konzept des „Bundesbeauftragten“ ist fragwürdig

Die Bundesregierung setzt seit einigen Jahren einen Bundesbeauftragten für sexuellen Missbrauch ein, der ausdrücklich keine Partei ergreifen soll. - Wo gibt es das? Eine Gleichstellungsbeauftragte, einen Datenschutzbeauftragten oder einen Behindertenbeauftragten, die nicht die Interessen der Gleichstellung, des Datenschutzes oder von Behinderten vertreten dürfen? Aber bei sexuell Missbrauchten verfährt man so.

Der Bundesbeauftragte organisiert kontroverse wissenschaftliche Debatten und moderiert den Dialog höchst ungleicher Kontrahenten (Betroffene – Kirchen), er berät in alle Richtungen und soll alle Interessen berücksichtigen – die der Täterorganisationen ebenso wie die der Opfer. Das Konzept wird nicht besser, wenn dieser Beauftragte einen Betroffenenrat einrichtet, der ebenso wenig substanzvoll zu sagen hat wie er selbst. Zumal dieser Rat nicht von den Betroffenengruppen beschickt wird, sondern seine Mitglieder durch den Bundesbeauftragten (mit dem oben dargelegten Aufgaben- und entsprechenden Interessenprofil) handverlesen werden. Die Kirchen würden sich das nicht bieten lassen!

Aus unserer Sicht zeigt der Beauftragte außer markigen Sprüchen keine ausreichende Haltung. Vielmehr dokumentiert er in erster Linie neutral die bestehenden Ungerechtigkeiten. Auf diese Weise kann den Betroffenen im Lande nicht geholfen werden, das Gegenteil ist der Fall: es wird anschaulich vermittelt, wie schwer das Leid der Betroffenen ist, wie aalglatt sich die Täterorganisationen herauswinden, aus denen heraus Missbräuche in unvorstellbarem Ausmaß geschehen sind, und es wird die bittere Erkenntnis im ganzen Land verbreitet, dass sich zu wehren für die Opfer nicht lohnt, weil es zu zusätzlichem Leid und Nachteilen führt, und ihnen ohnehin dauerhaft eine angemessene Kompensation verweigert wird.

Schleichender Trend zur Banalisierung und Relativierung sexuellen Missbrauchs in den Medien

Erschreckend und verstörend ist für uns, dass zunehmende Tendenzen in den Medien zur Relativierung des Missbrauchs durch kirchliche Stellen und Teile der Presse nachzuweisen sind. Wir werden dazu nicht schweigen.“